



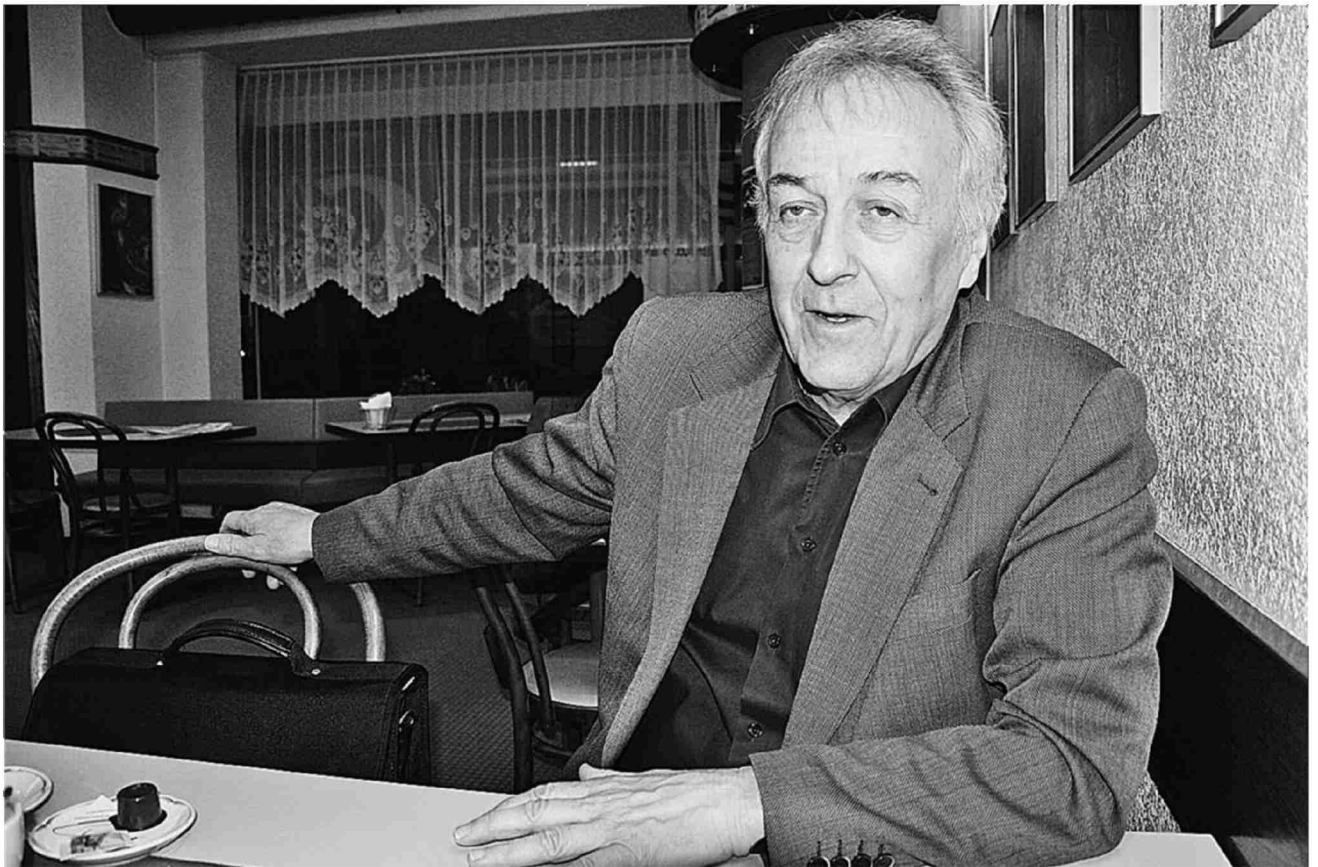
Walliser Bote
3900 Brig
027/ 922 99 88
www.walliserbote.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 25'261
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 719.10
Abo-Nr.: 1077515
Seite: 7
Fläche: 47'487 mm²

Revision CO₂-Gesetz | Auswirkungen auf Berggebiete und die Industrie

Nein zu teurerem Benzin



Klare Forderungen: Ständerat René Imoberdorf setzt sich unter anderem für die Anliegen der Walliser Industrie bei den Beratungen zur Revision des CO₂-Gesetzes ein. FOTO WB

SCHWEIZ/WALLIS | Lenkungsabgaben auf Treibstoffe ist nur ein Vorschlag des Bundesrates bei der Revision des CO₂-Gesetzes. Doch diese hätten massive Auswirkungen für den Kanton Wallis.

Die Volksinitiative «Für ein gesundes Klima» verlangt, dass die vom Menschen verursachten Treibhaus-Emissionen bis

zum Jahr 2020 gegenüber dem Stand von 1990 um mindestens 30 Prozent abnehmen. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Initiative und die Revision des CO₂-Gesetzes als indirekten Gegenvorschlag.

Das Geschäft mit CO₂

Das bestehende CO₂-Gesetz ist seit dem 1. Mai 2000 in Kraft und muss per Ende 2012 durch eine neue gesetzliche Grundlage abgelöst werden.



Walliser Bote
 3900 Brig
 027/ 922 99 88
 www.walliserbote.ch

Medienart: Print
 Medientyp: Tages- und Wochenpresse
 Auflage: 25'261
 Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 719.10
 Abo-Nr.: 1077515
 Seite: 7
 Fläche: 47'487 mm²

In der Sommersession 2010 verabschiedete der Nationalrat die Totalrevision des Gesetzes mit 108 zu 78 Stimmen und folgt dem Antrag des Bundesrates, die Revision als indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für ein gesundes Klima» zu behandeln. Zur Zeit ist die Vorlage zur Beratung in der Kommission für Umwelt, Regionalplanung und Energie UREK. Kommissionsmitglied und Ständerat René Imoberdorf kritisiert unter anderem, die vom Bundesrat vorgeschlagene Lenkungsabgabe auf Treibstoffe. «Für einen Bergkanton wie das Wallis hätte dies massive Mehrkosten zur Folge. Bei uns gibt es Dörfer, die sehr schlecht mit dem öffentlichen Verkehr erreichbar sind. Viele Walliser sind auf ihr Fahrzeug angewiesen.»

Die Treibhausgas-Emissionen sollen gemäss Bundesrat bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 gesamthaft um 20 Prozent gemindert werden. Im Gegensatz zum Nationalrat, der dem Bundesrat eine Ausdehnung auf 40 Prozent ermöglichen will, hält das UREK an den 20 Prozent fest.

Ein weiterer Knackpunkt der Revision ist die Anrechnung der Emissionsverminderungen im Ausland. Schweizer Firmen, die auch im Ausland produzieren, sollen ihr Reduktionsziel

auch mit Massnahmen im Ausland erreichen können. Doch nur zu 50 Prozent. Der Nationalrat fordert dagegen eine Reduktion nur durch Massnahmen im Inland. Dies ist für Imoberdorf aber ein unrealistisches Ziel: «Für viele Unternehmen wäre es schlicht nicht möglich, nur mit Massnahmen im Inland ihre CO₂-Emissionen zu verringern.»

Für Unternehmen, die Anlagen mit hohen und mittleren Treibhausgasemissionen betreiben, wie zum Beispiel auch die Lonza Werke in Visp, verlangt der Oberwalliser Ständerat weiter, dass sie selber entscheiden können, ob sie am schweizerischen Emissionshandelssystem oder am europäischen Emissionshandelssystem teilnehmen wollen. Beim Emissionshandel verkaufen Unternehmen ihre Einsparungen an CO₂-Emissionen, verpflichten sich aber auch ihre CO₂-Ausstoss zu verringern. Wenn ein Unternehmen seine Emissionen mehr verringert, als es eigentlich müsste, kann es diesen Mehrbetrag an andere verkaufen. Die Beratungen zur Vorlage für die Totalrevision des CO₂-Gesetzes wird die UREK auch noch in den nächsten Wochen stark in Anspruch nehmen. Im besten Fall könnte die Revision bereits in der Frühlingsession vor den Ständerat kommen. **mst**